

DIE LINKE. im Rat der Stadt Bochum, 44777 Bochum

An den
Vorsitzenden des Ausschusses
für Umwelt, Nachhaltigkeit und Ordnung

Jörg Czwikla

Rathaus, Zi. 49
Willy-Brandt-Platz 2-6
D-44777 Bochum

Telefon: 0234 – 910 1295
Fax: 0234 – 910 1297

eMail: linksfraktion@bochum.de

Internet: linksfraktionbochum.de

Bochum, den 29.01.2021

Anfrage der Fraktion DIE LINKE. im Rat der Stadt Bochum

zur 2. Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Nachhaltigkeit und Ordnung am 03.02.2021

Die WAZ berichtet in der Ausgabe vom 19. Januar 2021 (siehe Anlage) über massive Überstunden im Bereich der kommunalen Ordnungsämter. Zitat: „Allein in den kreisfreien NRW-Städten sollen die Beschäftigten in den ersten neun Monaten der Pandemie auf mehr als 100.000 Stunden Mehrarbeit gekommen sein, rechnet die Gewerkschaft Komba in NRW vor“. Weiter heißt es: „Beschäftigte arbeiten bis zu 48 Stunden in der Woche“.

Hierzu fragt DIE LINKE. im Rat an:

1. Wie viele Überstunden sind beim Bochumer Ordnungsamt seit März 2020 insgesamt und im Durchschnitt pro Beschäftigten aufgelaufen?
2. Welchen prozentualen Anstieg gab es in dem Zeitraum im Vergleich zu den Vorjahren (2016, 2017, 2018, 2019)?
3. Wie schätzt die Verwaltung die Entwicklung ein? Welche Maßnahmen wurden zur Entlastung der Beschäftigten getroffen? Wurden beispielsweise neue Stellen geschaffen oder ist dies in Planung?
4. Setzt die Stadt Bochum vermehrt auf die Unterstützung des Ordnungsamtes durch private Sicherheitsfirmen?
5. Hat sich die Stadt Bochum auf Bundes- und Landesebene für eine bessere finanzielle Unterstützung der kommunalen Ordnungsämter eingesetzt?

Colin Fischer
Sachkundiger Bürger

Anlage:

„Alles auf der Straße, was kann“

Die kommunalen Ordnungsämter schieben in der Corona-Krise viele Überstunden. Die Städte suchen nach Entlastung – und Gewerkschaften fordern mehr Unterstützung

Von Verena Lörsch
und Stephanie Weltmann

Essen. In Hagen hat man sich Hilfe geholt. Um den Beschäftigten des Ordnungsamtes nach einem Dreivierteljahr Corona-Kontrollen eine Pause zu ermöglichen, beauftragte die Stadt einen privaten Sicherheitsdienst: Er sollte die Präsenz erhöhen und etwa bei der Durchsetzung der Maskenpflicht helfen.

Vier Sicherheitskräfte begleiteten städtische Mitarbeiter, ordnungsbehördliche Befugnisse hatten sie nicht. Doch schon das hat offenbar für eine Verschnaufpause gesorgt: Die seit März 2020 andauernde Dauerbelastung sei leicht aufgefangen worden, sagte eine Sprecherin der Stadt. Die Zusammenarbeit habe sehr gut funktioniert.

Ob Maskenpflicht, Kontaktbeschränkungen oder das Durchsetzen von nächtlichen Ausgangssperren wie zuletzt in Oberhausen und einem eingeschränkten Bewegungsradius für Gladbeck: Die Ordnungsämter haben alle Hände voll zu tun. Seit dem Frühjahr setzen sie die Vorgaben durch, mit denen Bund, Land und die Kommunen die Ausbreitung des Coronavirus eindämmen wollen. Die Folge: Zahlreiche Überstunden, nicht genommene Urlaubstage und auch eine offenbar hohe psychische Belastung machen den Alltag der Ordnungskräfte inzwischen aus. Allein in den kreisfreien NRW-Städten sollen die Beschäftigten in den ersten neun Monaten der Pandemie auf mehr als 100.000 Stunden Mehrarbeit gekommen sein, rechnet die Gewerkschaft Komba in NRW vor. In eine ähnliche Richtung gehen Angaben aus 85 vor allem kleineren Kommu-

nen gegenüber dem WDR: Sie kamen bis Ende Oktober auf mindestens 46.000 Überstunden. Martin Nees, Gewerkschaftssekretär bei Verdi in NRW, spricht von einer sehr starken Belastung. „Die Zahl der Außendienste ist inzwischen am Limit, es geht alles auf die Straße, was kann.“ Beschäftigte arbeiten bis zu 48 Stunden in der Woche.

Weniger Kontrollen im Verkehr

Um Engpässe aufzufangen, ziehen einige Städte Personal aus anderen Bereichen dazu oder nutzen wie Hagen oder auch Gelsenkirchen private Sicherheitsdienste.

Längst wird in den Ämtern priorisiert. Alles, was nicht unbedingt sein muss, wird zurückgestellt, heißt es aus Kommunen. In Gladbeck wird allgemeinen Beschwerden seltener nachgegangen. Der Verkehrsbereich würde ebenso seltener kontrolliert, sagte ein Stadtsprecher. „Alle anderen Aufgaben, stehen momentan ebenfalls etwas hinten an.“

Anders in Duisburg: Hier gebe es keine Aufgaben, die coronabedingt unterlassen würden, versicherte eine Sprecherin. Allerdings würden weniger Gaststätten-, Tierhaltungs- und Jugendschutzkontrollen durchgeführt.

Der Städte- und Gemeindebund NRW forderte unlängst, Bund und Länder müssten die Ordnungsämter

so unterstützen wie die Gesundheitsämter: mit umgerechnet 200 Millionen Euro jährlich in NRW. Auch die Gewerkschaften fordern Abhilfe: Komba-Chef Andreas Hemsing ärgert sich, in der Pandemie seien Bereiche außerhalb des Gesundheitswesens nicht genug in den Blick genommen worden. „Es wurde völlig zu Recht viel über die Belastung in der Pflege gesprochen, aber andere Bereiche sind aus dem Fokus geraten.“

Noch 2020 hatten Bund und Länder vereinbart, dass die Metropolen ihre Ordnungsämter entlasten sollten. Bundes- und Landespolizei sollten helfen. In NRW ist die Zusammenarbeit eingeübt. Es gebe kaum eine Stadt, in der Sicherheitsbehörden nicht eng zusammenarbeiteten, unterstreicht die NRW-Polizeigewerkschaft GdP. „Das ist geübte Praxis“, sagt Landeschef Michael Mertens. Die Polizei unterstütze etwa, indem gemeinsame Streifen gelaufen würden. Es gebe aber Regeln, die nicht durchzusetzen seien. Dazu gehöre die 15-Kilometer-Bewegungsbeschränkung, die für den Kreis Recklinghausen gilt. „Es gibt zu viele Ausnahmen und jeder Kontrollierende müsste immer genau wissen, in welcher Stadt gerade der Bewegungsradius eingeschränkt wird“, sagt Mertens.

Bei der Polizei verlagert die Pandemie die Arbeitsbelastung zwar, von deutlich mehr Überstunden weiß die Gewerkschaft aber nicht zu berichten. Auch seien Aufgaben weggefallen – so die Begleitung von Hochrisikospielen im Fußball. Umso länger und härter der Lockdown jedoch dauere, schwinde die Akzeptanz in der Bevölkerung für Maßnahmen, befürchtet die GdP. Die Arbeit der Polizei werde somit nicht einfacher.

Auf Streife: Mitarbeiter des Ordnungsamtes Essen

FOTO: KERSTIN KOKOSKA / FFS

